S 5 RJ 166/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Sozialgericht Düsseldorf
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	5
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 RJ 166/02
Datum	08.10.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 RJ 128/03
Datum	-

3. Instanz

Datum	-

Die Beklagte wird unter Aufhebung des Bescheides vom 17.07.2002 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17.10.2002 verurteilt, unter teilweiser Rücknahme des Bescheides vom 16.06.2000 unter Einbeziehung des Bescheides vom 25.02.2003 die Regelaltersrente des Klägers unter Berücksichtigung einer für den Rangstellenwert aus beitragsfreien Zeiten maßgeblichen Gesamtzeitraums, der am 31.03.1993 endet, neu zu bescheiden. Die Beklagte hat die außergerichtlichen Kosten des Klägers zu tragen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten darüber, ob die Beklagte verpflichtet ist, die Regelaltersrente des Klägers neu zu berechnen. Streitig ist die Dauer der Gesamtleistungsbewertung zu Grunde zu legenden belegungsfähigen Gesamtzeitraums.

Der am 00.00.1928 in M/Polen geborene Kläger ist jüdischer Abstammung und Verfolgter im Sinne des § 1 Bundesentsatzungsgesetz. Er lebt seit 1946 in Israel und besitzt die israelische Staatsbürgerschaft.

Auf seinen Antrag vom 19.08.1998 gewhrte die Beklagte dem Klger mit Bescheid vom 16.06.2000 Regelaltersrente ab dem 01.08.2000. Den belegungsfhigen Gesamtzeitraum bestimmte sie vom 01.04.1945 bis zum 31.07.1998. Dieser Bescheid wurde bestandskrftig.

Am 18.12.2001 ging bei der Beklagten ein Antrag auf berprfung des Bescheides vom 16.06.2001 nach [44](#) Sozialgesetzbuch Zehntes Buch -Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz- (SGB X) ein. Der Klger trug vor, die beitragsfreien Zeiten seien fehlerhaft bewertet worden. Der belegungsfhige Zeitraum sei berdehnt. Es wird auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 24.07.2001 â B 4 RA 45/99 R â Bezug genommen. Der belegungsfhige Gesamtzeitraum, der bei der Berechnung der Gesamtleistungsbewertung zu bercksichtigen sei, ende mit Vollendung des 65. Lebensjahres und nicht mit Beginn der Auszahlung der Rentenleistung.

Mit Bescheid vom 17.07.2002 lehnte die Beklagte die Neuberechnung der Rente ab. Zur Begrndung fhrte sie aus, Versicherungszeiten knnten auch noch in Zeiten nach dem 65. Lebensjahr vorhanden sein. Das Ende des belegungsfhigen Gesamtzeitraums sei in [72 Abs. 2 SGB VI](#) mit dem Kalendermonat vor Beginn der Altersrente bestimmt. Der Rentenbeginn sei in [99 SGB VI](#) und [30 FRG](#) geregelt. Eine Unterscheidung zwischen Flligkeit des ersten Einzelanspruchs aus dem Stammrecht auf Rente und dem Zahlungsbeginn trfen diese Vorschriften nicht. Entscheidend sei somit allein der tatschliche Rentenbeginn mit allen sich im Rahmen des SBV VI daraus ergebenden Folgen. Dies folge aus dem eindeutigen Wortlaut der Vorschriften, der nicht auslegungsfhig sei.

Gegen den Bescheid legte der Klger am 23.08.2002 Widerspruch ein. [99 SGB VI](#) sei lediglich ein "verwaltungstechnischer Zahlungsbeginn". Dem stnde die theoretische Mglichkeit von Beitrgen nach dem Vollendung des 65. Lebensjahres nicht entgegen.

Mit Widerspruchsbescheid vom 17.10.2002 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegrndet zurck.

Hiergegen richtet sich die am 14.11.2002 erhobene Klage.

Der Klger macht weiter geltend, der belegungsfhige Gesamtzeitraum sei bei der Rentenberechnung berdehnt worden. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vertritt der Klger die Auffassung, die Beklagte habe bei der Berechnung den Zeitraum fr die Bewertung der beitragslosen Zeit rechtsfehlerhaft bis zum Vormonat des Rentenbeginns bercksichtigt.

Der Klger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 17.07.2002 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17.10.2002 zu verurteilen, unter teilweiser Rcknahme des Bescheides vom 16.06.2002 unter Einbeziehung des Bescheides vom 25.02.2003 seine Regelaltersrente unter Bercksichtigung eines fr den

---

Rangstellenwert aus beitragsfreien Zeiten maßgeblichen Gesamtzeitraums, der am 31.03.1993 endet, neu zu berechnen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie hält die angefochtene Verwaltungsentscheidung nach wie vor für rechtmäßig. Sie hält den Gesetzeswortlaut eindeutig. Danach erstrecke sich der belegungsfähige Gesamtzeitraum bis zum Monat vor der erstmaligen Rentenzahlung. Den gegenteiligen Ausführungen des BSG könne keine Folge geleistet werden.

Wegen der weiteren Einzelheiten hinsichtlich des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte der Beklagten, die vorgelegen hat und Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen ist, vollinhaltlich verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist begründet.

Der Kläger wird durch den angefochtenen Verwaltungsakt der Beklagten vom 17.07.2002 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17.10.2002 in seinen Rechten gemäß [Â§ 54 Abs. 2 Satz 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) beschwert, weil diese Bescheide rechtswidrig sind.

Zu Unrecht hat die Beklagte abgelehnt, den Bescheid vom 16.06.2002 unter Einbeziehung des Bescheides vom 25.02.2003 zurückzunehmen und die Rente des Klägers neu zu berechnen.

Gemäß [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) ist ein Verwaltungsakt zurückzunehmen, soweit sich im einzelnen Fall ergibt, dass bei seinem Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden sind.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend zur Überzeugung der Kammer erfüllt. Durch den Bescheid vom 16.06.2000 unter Einbeziehung des Bescheides vom 25.02.2003 ist das Recht unrichtig angewandt worden. Der belegbare Gesamtzeitraum gemäß [Â§ 71](#) bis [73 SGB VI](#) ist seitens der Beklagten unzulässig bis zum Kalendermonat vor Rentenbeginn (Juli 1998) verlängert worden. Die Zeit vom 01.04.1993 bis zum 31.07.1998 ist zu Unrecht in dem belegungsfähigen Zeitraum einbezogen worden. Dieser Zeitraum lag nach dem Beginn der zu berechnenden Rente am 01.04.1993. Gemäß [Â§ 72 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI](#) endet der belegungsfähige Gesamtzeitraum mit dem Kalendermonat vor Beginn der zu berechnenden Rente. Rentenbeginn im Sinne dieser Vorschrift ist der Zeitpunkt, zu dem der Rechtsinhaber zum ersten Mal vom

---

Rentenversicherungsträger verlangen kann, die Rente als eine jetzt zu erbringende Leistung zu zahlen. Dies bestimmt sich nach der Fälligkeit des ersten Einzelanspruchs aus dem Stammrecht auf Rente. Die Kammer folgt nach eigener Prüfung den Ausführungen des BSG im Urteil vom 24.07.2001 [B 4 RA 45/99 R](#) -. Das Urteil ist den Beteiligten bekannt. Zur weiteren Begründung wird auf die Entscheidungsgründe dieses Urteils verwiesen.

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte derjenige, der die Rente nach Vollendung des 65. Lebensjahres erst in Anspruch nimmt grundsätzlich durch einen höheren Zugangsfaktor privilegiert werden. Dieser gesetzgeberischen Intention wird jedoch nicht entsprochen, wenn der Rentenzahlbetrag immer weiter sinkt, je länger ein Versicherter über die Vollendung des 65. Lebensjahres hinaus die Rente nicht in Anspruch nimmt.

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

Erstellt am: 22.04.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024